Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 3 (1962)

Heft: 5

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

ruht die Struktur der Staatsbank auf den leninschen Prinzipien des *demokratischen Zentralismus,* welcher «die richtige Verbindung der zentralen Führung und der maximalen Entwicklung der örtlichen Initiative darstellt».

Wie der Punkt 72 des Statutes erklärt, stellt die Staatsbank mit allen ihren Institutionen ein einheitliches zentralisiertes System dar. Die Zentralisierung bedeutet, dass die niedrigeren Institutionen der Staatsbank nur den höheren Institutionen untergeordnet sind. Die höheren Bankinstitutionen sind ermächtigt, im Rahmen der zentralen Richtlinien, den niedrigeren Institutionen Anweisungen bezüglich der operativen Lösung einzelner Probleme zu geben. Zugleich wurden aber auch die niedrigeren Organe ermächtigt, die operativen Fragen entsprechend den von oben erteilten Richtlinien und Anweisungen zu lösen, was eigentlich mit den erweiterten Befugnissen der mit den Staatsbankorganen eng zusammenarbeitenden Lokalsowjets und lokalen Wirtschaftsorgane zusammenhängt. Die Wirtschaftsdezentralisierung musste auch in der Bankstruktur eine gewisse Dezentralisierung nach sich ziehen, wobei aber «die streng zentralisierte Leitung des ganzen Staatsbanksystems» aufrechterhalten blieb.

Unter dem neuen Statut

Die Struktur der Staatsbank, laut dem letzten Statut und der «Ordnung»:

1. An der Spitze ist die Zentralverwaltung der Staatsbank, die dem Finanzministerium der UdSSR unterstellt ist.

2. Die Staatsbank-Kontoren in den Hauptstädten der Unionsrepubliken und der autonomen Republiken, in den Hauptsitzen der Grenzgebiete, Gebiete und Kreise. Sie sind die Hauptpfeiler der Staatsbank. Es sind die Kontoren, welche an der Ausarbeitung der Bilanzen der Geldeinkünfte und -ausgaben der Bevölkerung teilnehmen, die Kassapläne für die Republiken bzw. die übrigen Verwaltungseinheiten zusammenstellen und die Erfüllung dieser Pläne streng kontrollieren, auf die Anordnung der Zentralverwaltung Reservefonds errichten, die Geldübertragung von einer Bankinstitution in die andere organisieren usw. Sie müssen dafür sorgen, dass die Kreditplan-Projekte rechtzeitig ausgearbeitet und die notwendigen Massnahmen für ihre Erfüllung getroffen werden. Um die richtige Finanzierung der Kapitalinvestitionen dem Plan entsprechend zu garantieren, bzw. die Planerfüllung ständig zu kontrollieren, werden ihnen die Pläne für Kapitalbauten von den entsprechenden Finanzministerien, bzw. von den Finanzabteilungen der Gebiets- und Grenzgebietssowjets zur Verfügung gestellt.

3. Die Staatsbankfilialen in den niedrigeren Verwaltungseinheiten, welche den Wirtschaftsorganen nahe stehen und zur operativen Führung der Bankoperationen eine zunehmende Bedeutung erhalten (natürlich unter Aufrechterhaltung der Prinzipien des «demokratischen Zentralismus»). Ihre Bedeutung ist parallel mit der (scheinbaren) Erweiterung der Befugnisse der Lokalsowjets und der lokalen Wirtschaftsorgane in letzter Zeit erheblich angestiegen.

4. Staatsbankagenturen — neue, seit gut einem Jahr bestehende Organe. Wie das neue Staatsbankstatut hervorhebt, besteht ihre Aufgabe darin, die Staatsbank den einzelnen Wirtschaftseinheiten unmittelbar näher zu bringen. Die Agenturen sind gewöhnlich den Filialen untergeordnet, ausnahmsweise können sie aber auch direkt den Kontoren untergeordnet werden. Agenturen dürfen nicht nur für kleinere Siedlungen, sondern auch für einzelne Grossbetriebe, bzw. für eine Gruppe von Grossbetrieben eröffnet werden. Sie geniessen im grossen und ganzen Rechtsstellung der Filialen, wobei es jedoch einzelne Fragen gibt, in welche sie nur mit der Erlaubnis der zuständigen Filiale handeln dürfen. Ihr Leiter ist dem Leiter der Filialen gleichgestellt.

5. Die Kassen für Ein- und Auszahlungen sind ebenfalls neue, in Entwicklung befindliche Institutionen. Sie werden zur direkten Bedienung einzelner Betriebe, Institutionen und Organisationen errichtet. An diesen Kassen kann die Bevölkerung z. B. die Mietzinse bezahlen. Sie werden auf den Antrag des Lokalsowjets und mit Erlaubnis des zuständigen Kontors errichtet und sind unmittelbar den Filialen, ausnahmsweise aber direkt den Kontoren, unterstellt. *(Fortsetzung folgt)*

Strojbank schwindelt

Das Beratende Kollegium des Finanzministers der UdSSR befasste sich vor kurzem mit den zunehmenden Falschmeldungen bezüglich der Planerfüllung, wodurch dem Staat durch Auszahlung ungerechtfertigter Prämien erhebliche Schäden zugefügt werden. Dabei ist vor allem den unteren Finanzorganen und den lokalen Vertretungen der Baubank (Strojbank) vorgeworfen worden, dass sie die Berichte über die Planerfüllungen nicht entsprechend kontrollierten, weshalb zahlreiche Fälschungen unaufgedeckt blieben. So hatte z. B. eine turkmenische Fabrik 2 Millionen Rubel gesetzwidrigen Gewinn erzielen können, indem sie minderwertige Baumwolle zu höheren Preisen verkaufte. Eine Smarkander Möbelfabrik hatte längere Zeit gefälschte Meldungen über ihre Planerfüllung vorlegen können, ohne von den Kontrollstellen entdeckt zu werden. In anderen Fällen wurden die Fälschungen zwar entdeckt, aber gegen die Schuldigen keine Massnahmen ergriffen.

Aehnliche Beschuldigungen wurden auch gegen die Organe der Baubank erhoben, die Fälschungen bei der Erhöhung der Werte von Bauarbeiten nicht entdeckten, oder überhaupt keine entsprechende Kontrolltätigkeit ausgeübt haben. Die grössten Versäumnisse ergaben sich bei der Ueberprüfung jener Berichte auf deren Grund die Prämien ausbezahlt wurden.

Religion

Polen

Bekenntnis der Jugend

Wie das von der Vereinigung der Atheisten und Freidenker in Warschau veröffentlichte Blatt «Argumenty» berichtete, zeigten nur 10 von insgesamt 63 Schülern einer Warschauer Schule, die Aufsätze über Philosophie schreiben mussten, eine eindeutig materialistische atheistische Einstellung.

Die 16- und 17jährigen Schüler hatten seit einem Jahr die Grundlagen der Philosophie studiert und mussten sich nun zu Fragen, wie: «Warum glaube ich bzw. glaube ich nicht?», «Hilft mir der Philosophieeinführungskurs bei der Entwicklung meines Glaubens?», «Beeinflusst der Religionsunterricht meinen Glauben, stärkt oder schwächt er meine religiöse Ueberzeugung?» und «Wie verlief mein Weg von der Religion zum Rationalismus?» äussern. «Bei den meisten Schülern dominiert der Schöpfungsglaube», schrieb das atheistische Organ. «Es ist eine grosse Unkenntnis der zeitgenössischen wissenschaftlichen Errungenschaften, vor allem auf dem Gebiet der Naturwissenschaften, zu beobachten. In den Arbeiten kommen auch die Mängel der Erziehung zum Ausdruck, die schwachen wissenschaftlichen Argumente, die in den Schulen gebraucht werden, die Unfähigkeit, die Einheitlichkeit und den Ursprung der Welt zu erklären und zu vertreten ...»

Das Blatt brachte dann Auszüge aus den einzelnen Arbeiten. Ein Mädchen namens Theresa schrieb: «Da die Welt und alles auf ihr aus der Materie besteht, verstehe ich einfach nicht, woher die Materie stammt — sie muss von jemanden erschaffen worden sein.»

«Argumenty» erklärt, die Mehrheit der Schüler hegten «philosophische Zweifel» und zitiert ein anderes junges Mädchen: «Der Glaube an Gott gewährt mir viel Freude; ich bin glücklicher, wenn ich glaube. Wenn man mir meinen Glauben nähme, wäre ich unglücklich.»

Ein junger Mann namens Tomek zieht aus der Religion folgenden praktischen Nutzen: «Der häufige Kontakt mit Gott hilft mir solche Uebel wie das Rauchen und den Alkohol zu meiden, die für meine Entwicklung schädlich sind.

Die folgenden Zeilen eines jungen Mädchens dürften dem Geschmack des atheistischen Blattes eher entsprochen haben: «Ich bin zu dem Schluss gekommen, dass ein gläubiger Mensch das Objekt seiner Verehrung nicht kennt — wie kann man aber durch blosse Vorstellung lieben und was ist das für ein Gott, der so schreckliche Dinge wie Kriege zulässt? ... Ich bin sehr glücklich darüber, dass ich meinen Glauben verloren habe. Früher sah ich mich immer durch die Augen Gottes; jetzt sehe ich mich durch die Augen des Volkes.»

Mitte Januar wurde in Warschau ein Handelsabkommen für das Jahr 1962 zwischen Polen und Albanien unterzeichnet. Seit dem 22. sowjetischen Parteikongress ist Polen ausser China und Nord-Korea der erste europäische Ostblockstaat, der mit Albanien ein solches Abkommen getroffen hat. Polen liefert Maschinen und Einrichtungen, Rollmaterial, Koks, Stoffe und andere Waren.

Albanien liefert Chrom, Asphalt, Kupfer, Baumwolle, Sardinen.

Die Pläne der polnischen Regierung, in Warschau eine U-Bahn zu bauen, die im Jahre 1957 zurückgestellt worden waren, wurden wieder aufgegriffen. Bis jetzt wurde der Vorschlag allerdings nur im Stadtrat besprochen, wird aber in Presse und Radio heftig diskutiert.

Die Transporteinrichtungen der Stadt werden bald für die Bedürfnisse der 1 136 000 Einwohner nicht mehr ausreichen. Es wird bereits geschätzt, dass die Zahl der «Pendler» bis zum Jahre 1965 täglich 450 000 betragen wird.

Planung

Sowjetunion

Polnische Abkürzung

Auf ehemals polnischem Territorium werden die Arbeiten zu einem Kanal begonnen werden, der die Verbindung zwischen dem Baltischen Meer und dem Schwarzen Meer herstellen soll.

Das Projekt («Grosser Dnjepr») zum neuen Wasserweg wurde am 22. Parteikongress im letzten Herbst als Teil des neuen Zwanzigjahresplanes angenommen, zusammen mit dem Plan einer östlich davon verlaufenden Wasserverbindung zwischen dem Nördlichen Eismeer und dem Kaspischen Meer (siehe «Der Knochenkanal», KB Nr. 44, 1961).

Der geplante Binnenschiffahrtsweg Baltisches Meer—Njemen—Dnjepr—Schwarzes Meer mit einr Gesamtlänge von 2430 km dient dem Kreml in erster Linie dafür, sich in seinem Warenverkehr nach Südeuropa vom Seeweg über Gibraltar unabhängig zu machen. Dies nicht nur, um den 7000 km langen Umweg abzukürzen, sondern auch um eine störungsfreie militärische Nord-Süd-Nachschublinie zu haben.

Die Verbindung wird weitgehend von den schiffbaren grossen Flüssen profitieren. Die Zwischenstücke würden eine Tiefe von mindestens dreieinhalb Metern aufweisen, so dass auch Schiffe mit relativ grossem Tiefgang passieren könnten. Die Höhendifferenzen werden durch Schleusenkammern überwunden.

Mit dem Kanalbau zusammenhängende sekundäre Projekte sind:

— Entsumpfung und Amelioration von zirka vier Millionen Hektaren Boden, vor allem

— Elektrizitätsbeschaffung. Kraftwerke werden der ganzen Strecke entlang gebaut, wobei das Schwergewicht auf den Dnjepr-Werken liegt, die jetzt schon eine erhebliche Rolle in der Stromversorgung spielen.

Die Hauptarbeit ist für die Periode gegen Ende des Zwanzigjahresplanes vorgesehen, das heisst Ende der siebziger Jahre. Der Baubeginn aber soll laut sowjetischen Berichten bald bevorstehen. Es handelt sich um den Durchstich eines 70 km langen Kanals bei der Wasserscheide zwischen dem Zufluss des Njemen, Schara, und dem Zufluss des Pripjet, Jaselda. Und das betrifft ausgerechnet jene Teil des sowjetischen Kanals, der auf ehemals polnischem Boden liegt.

Die Polnische Volksrepublik

Regierungsform: Das Parlament (Sejm) besteht aus nur einer Kammer. Abgeordnetenwahlen alle vier Jahre (letztesmal 1961). Als Staatsoberhaupt figuriert eine Kollektivbehörde, der aus 15 Mitgliedern bestehende Staatsrat. Dessen Präsident ist Alexander Zawadzki. Ministerpräsident Josef Cyrankiewicz.

Administrative Gliederung des Landes in 17 Wojewodschaften und fünf Stadtbezirke.

Parteien: Wie auch in der SBZ gibt es nominell mehrere Parteien, die aber alle von der kommunistischen «Vereinigten Polnischen Arbeiterpartei» (PZPR) kontrolliert werden; sie zählt nach einer grossen Kampagne zur Erhöhung des Bestandes in den beiden letzten Jahren jetzt etwa 1,3 Millionen Mitglieder. Die letzten Wahlen auf Grund der Einheitsliste (Nationale Einheitsfront) ergaben folgende Sitzverteilung im Parlament: PZPR 255 (von 400), Vereinigte Bauernpartei 117, Demokratische Partei 39, «Znak» (Katholiken) 5, «Paxbewegung» (katholisch «fortschrittlich») und Christl. Soz. Gesellschaft» je 3. Ueber die effektive Rolle der Parteien siehe S. 2. Kommunistischer Erster Parteisekretär ist Wladyslaw Gomulka.

Fläche: 311 730 Quadratkilometer inklusive die strittigen «Westgebiete» (auf unserer Karte in leichter Schraffur) und Danzig.

Einwohner: 30 Millionen. Bevölkerung besteht seit Annexion der Ostgebiete durch die UdSSR und seit der Aussiedlung der Deutschen grossteils aus Polen, wobei gut eine Million ehemals deutscher Staatsbürger zu polnischen Bürgern wurden.

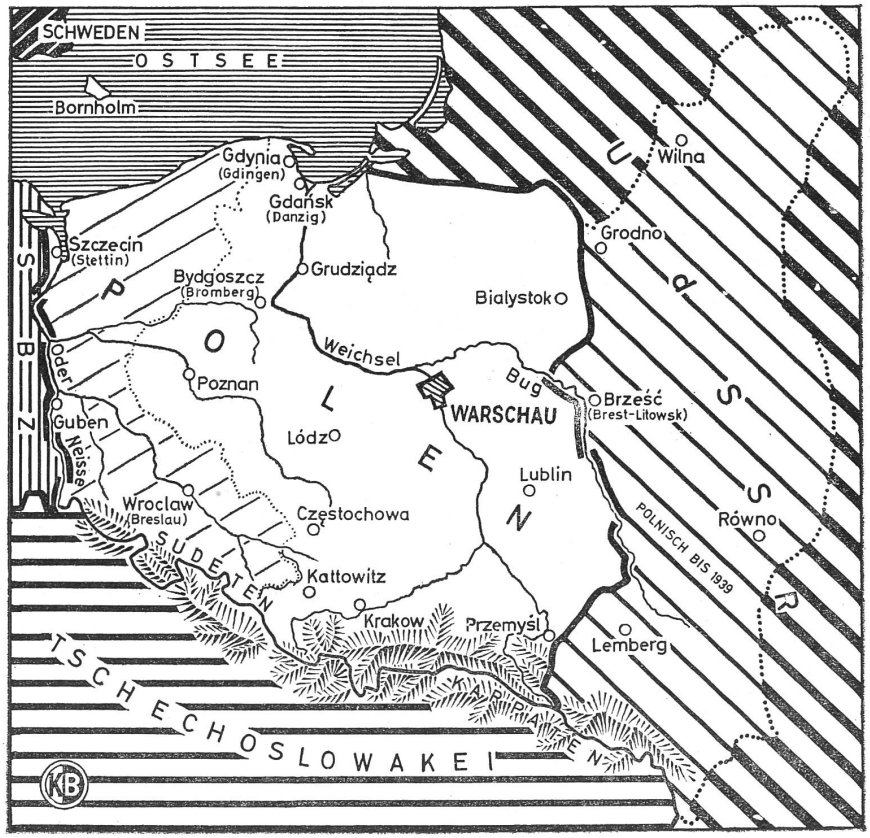
Religion: Die überwiegend katholische Bevölkerung praktiziert zu einem grossen Teil noch ihre Religion. Religionsunterricht kann nur ausserhalb des regulären Schulprogramms erteilt werden. Gottesdienstfreiheit besteht, ebenso können Kirche und religiöse Institutionen Publikationen herausgeben (die sich nicht in die Politik einmischen dürfen). Der polnische Primas, Kardinal Wyszinski wurde 1956 von Gomulka aus dem Gefängnis entlassen.

Wirtschaft: Rund 40 Prozent der Bevölkerung sind landwirtschaftlich beschäftigt. Nach Rückgängigmachung der Kollektivierung infolge der Unruhen von 1956 ist Polen die einzige Volksdemokratie mit überwiegend privatem Bauerntum. Der staatliche Verkauf von Boden an Private geht noch weiter und erstreckte sich sogar auf Auslandpolen.

Von Bedeutung sind Holz- und Textilverarbeitung, Chemie- und Metallindustrie. Neuere Zweige sind Traktor- und Automobilindustrie, von zunehmender Wichtigkeit vor allem der Schiffsbau. Die gesamte Schlüsselindustrie und der überwiegende Teil der übrigen Industrie ist verstaatlicht. Die reichen Bodenschätze umfassen Kohle, Eisen, Kupfer und vor allem Schwefel.

Wichtige Exportgüter sind die Landwirtschafts-(vor allem Viehzucht-)produkte, Holz, Kohle (auch Briketts usw.), Zement, Transportmittel. Der Aussenhandel wickelt sich zum grösseren Teil (rund zwei Drittel des Imports und gut die Hälftte des Exports mit den kommunistischen Staaten ab. Polen erhielt auch beträchtliche westliche Kredite von den USA. Der Westhandel ist zum Wirtschaftsausbau und zur Devisenbeschaffung ein wesentlicher Faktor.

Mitgliedschaft: Uno, Warschauer Pakt, Comecon.



Politik

Polen

Subtilitäten

Persönliche Ausweise, die 1957 ausgestellt wurden, sind in Polen nicht mehr gültig. Wurden sie aber noch zu Stalins Lebzeiten angefertigt, können sie weiter benützt werden.

Die nach den Unruhen von 1956 eingeschlagene Liberalisierung wird damit auf einem neuen, an sich kleinen Sektor rückgängig gemacht. Aber die Methode ist für Gomulkas Methode bezeichnend, das Land schrittweise in das Glied der ausgerichteten Satelliten zurückzuführen.

Der Sachverhalt wurde kürzlich in der Warschauer «Zycie Warszawy» beleuchtet, die am 17. Januar in einer Antwort auf zwei Leserbriefe die «Umtauschaktion» erwähnte. Dieses Jahr müssen sämtliche Personalausweise umgetauscht werden, die 1957 ausgestellt wurden. (Personalausweise sind Identitätskarten mit Gültigkeit im Inland.) Der Umtausch von Ausweispapieren aller Art (etwa auch von Parteimitgliedkarten) ist in kommunistischen Ländern ein bekanntes Mittel, um missliebig gewordenen Personen den betreffenden Ausweis zu entziehen oder sie wenigstens unter erneute Kontrolle zu bringen. Das polnische Vorgehen zeigt an, dass die Erleichterungen von 1957 systematisch wieder abgeschafft werden. Dabei ist es aufschlussreich, dass die damals angefertigten Personalausweise keinen Vermerk über eine fünfjährige Gültigkeitsdauer tragen. Vielmehr wurde das Publikum erst durch eine kürzlich veröffentlichte Verfügung darüber ins Bild gesetzt.

Inzwischen wurden aber die 1953, also im Todesjahr Stalins ausgestellten Personalausweise in ihrer Gültigkeit verlängert. An sich sollte diese nach 15 Jahren, also 1962 ablaufen. Nur erhält jetzt die politische Säuberungsaktion Vorrang vor der normalen Erneuerung der Papiere. Wenn die Polizei bis zum Jahresende den Umtausch der 1957 ausgestellten Ausweise beendet habe, so teilt «Zycie Warszawy» abschliessend mit, werde sie sich dann mit den Personalausweisen früheren Datums beschäftigen.

Das Beispiel ist für das, was aus dem «polnischen Weg zum Sozialismus» geworden ist, charakteristisch.

Sport

SBZ

Leistung und Ideologie

Zu Auseinandersetzungen darüber, «wie der Weg zurückzufinden ist, auf dem wir uns bereits befanden, der Weg, der zur Weltspitzenklasse führt», ist es zwischen der Redakiton des offiziellen Ostberliner «Sportecho» und dem Präsidium des Sowjetzonalen-Verbandes für Leichtathletik gekommen. Der Kritik des «Spotrecho», dass die persönlichen Bestleistungen vieler Leichtathleten der Sowjetzone im vergangenen Jahr ungenügende Fortschritte gemacht hätten, «was sehr ernst zu bewerten ist», stimmt der Leichtathletikverband der Sowjetzone zu. In den Monaten nach den Olympischen Spielen 1960 sei «leider kein beharrlicher Kampf um die ideologische Klarheit über die Bedeutung sportlicher Höchstleistungen geführt» worden. Die Verbandsleitung, heisst es in der «Selbstkritik» weiter, habe die «straffe politische Führung der sportlichen Ausbildung in den Sportklubs unterschätzt» und trage insgesamt die Verantwortung für die ideologischen Unklarheiten und Mängel, die 1961 zu verzeichnen waren. Zahlreiche Trainer und Funktionäre haben, wie das Präsidium des Leichtathletikverbandes der Sowjetzone weiter feststellt, «bisher nur ungenügend begriffen, dass die fachliche Arbeit, vor allem das Training, ein Bestandteil des politischen Kampfes um die sozialistische Erziehung der Sportler ist».

Die «Selbstkritik» wird mit der zusammenfassenden Erklärung abgeschlossen, dass «die Tätigkeit des Präsidiums des DVfL auf dem Gebiet des Leistungssports durch eine Fehleinschätzung der tatsächlichen Lage in den Sportsektionen und Versäumnisse in deren Anleitung und Kontrolle im Jahre 1961 nicht auf der Höhe ihrer Aufgaben standen».

Meldeformular contra Pass

In der vom sowjetzonalen Ministerium für Post- und Fernmeldewesen herausgegebenen Zeitschrift «Die Deutsche Post» wird in der Januar-Nummer der Versuch unternommen, die Postangehörigen zu «DDR»-bewussten Bürgern zu erziehen. Unter Rubrik «Streiflichter» veröffentlichte die Redaktion folgenden Hinweis:

«Wer in einem Hotel übernachten will, muss vorher einen Meldezettel ausfüllen. Viele schreiben ‚aus alter Gewohnheit' in die Spalte für die Staatsangehörigkeit einfach ‚deutsch' hinein. So soll es auch einmal wieder werden. Doch jetzt sind eben zwei deutsche Staaten vorhanden. Also gehört in diese Spalte die Bezeichnung ‚DDR'!»

In den amtlichen Personalausweisen und Pässen der SBZ wird die Staatsangehörigkeit mit «deutsch» bezeichnet.

Presse

Ostblock

Albanien abgestellt

Mit ihrer Januar-Ausgabe 1962 hat die jetzt in zwanzig Sprachen herausgegebene Zeitschrift «Probleme des Friedens und des Sozialismus» ihre albanische Ausgabe eingestellt. Die Zeitschrift, die jetzt im 5. Jahrgang erscheint und deren Zentralredaktion der kommunistischen Parteien in den Ostblockstaaten, aber auch in der westlichen Welt, mit der vor allem die «führende Rolle der Kommunistischen Partei der Sowjetunion» durchgesetzt werden soll.

Die Herstellung der Ausgabe für die Sowjetunion und die «volksdemokratischen» Länder erfolgt in dem jeweiligen Land. Die Ausgaben der Zeitschrift in Sprachen des «kapitalistischen Auslandes» werden in mehreren Ostblockländern vorgenommen. Hierbei handelt es sich um die englische, französische, holländische, italienische, schwedische, spanische und japanische Ausgabe. Für Brasilien erscheint die Zeitschrift in portugiesischer Sprache. Seit Januar 1962 wird auch eine Ausgabe in griechischer Sprache für Zypern vorbereitet. In der Januar-Ausgabe 1962 zählt die «Zeitschrift der kommunistischen und Arbeiterparteien für Theorie und Information» noch einmal die Serie der Fehler der «Partei der Arbeit» Albaniens und ihrer Führer auf. Dabei wird der Ueberzeugung Ausdruck gegeben, «dass die Albanische Kommunistische Partei und das albanische Volk die Fehler und Irrungen ihrer derzeitigen Führung überwinden und ihr Land auf den Leninschen Weg zurückbringen werden».

Militär

CSSR

So gewinnt man Kumpels

In Nordmähren, so berichtet das Prager Parteiorgan «Rude Prawo», wurden in den Kasernen besondere Kurse zur Ausbildung von Bergleuten organisiert. Zahlreiche Soldaten hätten sich zur Teilnahme angemeldet.

Die lakonische Meldung könnte im Westen relativ positiv bewertet werden. Kommunistische Armeeangehörige, so liesse sich argumentieren, könnten Schlimmeres lernen als Kohlen zu fördern. In Wirklichkeit aber weist der Bericht auf eine Methode zur «Gewinnung» von Arbeitskräften hin, die eine typisch kommunistische Ausbeutung einer Notlage ist.

Unpopuläre Beschäftigungszweige, und zum mindesten in der Tschechoslowakei gehört der Bergbau ganz bestimmt zu ihnen, pflegen sich ihr Personal häufig mit Hilfe der Armee zu sichern. In den diensttuenden Einheiten werden Arbeiter für Bergwerke (je nach dem auch Landwirtschaft) auf den Zeitpunkt der Demobilisation angeworben. Der moralische und manchmal etwas mehr als nur moralische Druck kann so gross werden, dass sich beispielsweise ganze Kompagnien geschlossen «freiwillig» zu einer sonst wenig begehrten Arbeit melden. Der Entschluss wird den entlassenen Soldaten dadurch erleichtert, dass sie andernfalls Mühe hätten, in der Planwirtschaft günstige Stellen zu finden. Ein besonderes Lockmittel für Bergleute wurde diesbezüglich in Ungarn angewandt. Wehrmänner, die sich für eine gewisse Periode zu nachheriger Grubenarbeit verpflichteten, konnten schon während der Dienstzeit dazu abkommandiert werden, wobei ihnen diese Beschäftigung als Dienst angerechnet wurde. Zudem erhielten sie einen normalen Arbeitslohn. Mit dieser vorübergehend günstigen Regelung konnten tatsächlich gewisse «Werbeerfolge» erzielt werden. Nachher allerdings konnten die Bergwerke auf die vertraglichen Verpflichtungen pochen.

Es ist nicht anzunehmen, dass es sich beim tschechoslowakischen Beispiel wesentlich anders verhält. Gerade im Bergbau, wo die Leute der primitiven Arbeitsverhältnisse wegen immer wieder davonlaufen, hat die CSSR zugegebenerweise die grösste Mühe mit den Arbeitskräften. Die Arbeitsunlust ist auf diesem Sektor noch grösser als in der kollektivierten Landwirtschaft, die auch immer auf «freiwillige Aufbauarbeit» durch organisierte Schüler- oder Feriengruppen angewiesen ist. (Dazu kommt erst noch die «Arbeitserziehung» durch Zwangsdeportation auf das Land.)

Zu Stalins Zeiten hatte man die in den einzelnen Wirtschaftszweigen benötigten Arbeitskräfte einfach zwangsweise rekrutiert. Mit der Abschaffung der direkten Terrormethoden sind einfach die «Werbemethoden» ausgeklügelter geworden. Am Prin-

zip der Ausbeutung hat sich aber wenig geändert.

Eine ähnliche «Zusammenarbeit» von Armee und Volkswirtschaft besteht in der Sowjetunion, wo es vor allem darum geht, Siedler für die sibirischen und fernöstlichen Neulandgebiete zu gewinnen. So stand letztes Jahr in der «Komsomolskaja Prawda» zu lesen, eine ganze Kompagnie habe sich nach der Demobilisation freiwillig auf fünf Jahre zur Aufbauarbeit in Kasachstan verpflichtet. Dies wurde allen jungen «Wehrmännern» als «patriotische Tat» zur Nachahmung empfohlen. 1959 gingen 136 000 demobilisierte Soldaten aufs Neuland. Eine Opferbereitschaft von diesem Ausmass muss allerdings noch durch besondere Versprechen angeregt werden. So werden den Siedlern steuertechnische Erleichterung und finanzielle Hilfe in Aussicht gestellt. Nur vermögen diese Vorteile die normalen Vorteile beispielsweise einer Fabrikbeschäftigung im «zivilisierten» Unionsteil nicht aufzuwiegen. Eine weitere Verlockung besteht oft im versprochenen eigenen Haus im neuen Wohngebiet. Hier entlarvt nun nicht zuletzt die sowjetische Presse selbst den trügerischen Schein, wenn sie häufig genug die unfertigen Lehm- und Strohhäuser schildert, die den Neuankömmlingen zugemutet werden. Die permanent bleibende «provisorische» Unterkunft in ungeheizten Baracken führte sogar zu lokalen Unruhen.

Dass es neben den «Freiwilligen» auch echte Freiwillige gibt, ist im übrigen nicht einmal zu bestreiten. Ein grösserer Teil aber erkennt doch recht bald, dass er einer Propagandatäuschung zum Opfer gefallen ist. Von Versuchen, den abgeschlossenen Vertrag rückgängig zu machen, oder einfach davonzulaufen ist hie und da zu lesen. Aber sie sind gewöhnlich nicht nur zum Scheitern verurteilt, sondern tragen den Betreffenden noch zusätzlichen Zwangsaufenthalt ein.

Literatur

Rumänien

Arbeiter wollen mehr Klassik

Rumänische Arbeiter äusserten Parteischriftstellern gegenüber unverhohlen die Ansicht, dass die Klassiker des Landes dem Leser mehr geboten hätten als die heutigen Vertreter des «sozialistischen Realismus». Ueber die im Dezember und Januar zustandegekommenen Begegnungen zwischen «bekannten rumänischen Schriftstellern» (genannt werden Job Banuta, Ov. S. Grohmalniceanu, M. Davidoglu, St. Gheorghiu, V. Mindra, Zaharia Stancu, E. Jebeleanu, A. Baranga) und den Arbeitern von zwei grossen Betrieben Bukarests berichtete die «Gasjeta Literara» recht ausführlich in zwei verschiedenen Nummern. Die Konfrontation war auf Initiative dieser Literaturzeitung zustandegekommen und diente der Vorbereitung zum Jahreskongress der rumänischen Schriftsteller im Januar. Die Kritik der Arbeiter, so wird kommentiert, sei in «milder Form» vorgebracht worden, habe aber doch klar gezeigt, wo die Engpässe in der rumänischen Literatur lägen. Ein Vorwurf aus den Reihen der Arbeiterschaft galt dem «literarischen Sirup». Einerseits werde der Arbeiter als Träger einer siegreichen politischen Revolution gewürdigt und seine Verdienste um eine neue bessere Gesellschaft hervorgehoben. Anderseits aber werde der gleiche reife und harte Arbeiter mit ungeniessbarem Zuckerwasser traktiert. Eine so süsse verniedlichende Lobhudelei habe mit Realismus nichts mehr zu tun.

Eine Mehrzahl der Redner aber forderte vermehrt «satirische Werke, Liebesgeschichten und Romane, da in der neuen Gesellschaftsordnung die Fehler, Charakterschwächen, Gefühle und Leidenschaften ebenso häufig sind wie in der alten». Weiter heisst es wörtlich: «Diesbezüglich wurde mehrfach darauf hingewiesen, dass die Werke der rumänischen Klassiker den Lesern mehr gegeben hatten. Ein von allen vorgebrachter Wunsch war die Forderung nach Neuausgaben rumänischer Klassiker, in erster Linie nach Romanen von Liviu Rebreanu.»

Der rumänische Leser wendet sich vom «sozialistischen Realismus» ab und liest Klassiker. Vielleicht noch kein Beweis, aber doch ein gutes Indiz für die Oppositionsstimmung. In unserem Falle ist übrigens nicht nur die offene Sprache der Arbeiter bemerkenswert, sondern auch ihr Abdruck in der massgebenden Kulturzeitung.

Soziales

Ungarn

Hausfrauen und andere

Ungarische Hausfrauen haben weder Zeit für Bildung, noch für Unterhaltung oder Erholung. 28,6 Prozent von ihnen kommen zur Pflege ihrer Allgemeinbildung, 1,1 Prozent zum Gang ins Theater und nur 0,2 Prozent zur Weiterbildung.

Bei den werktätigen Frauen fallen die Ergebnisse zwar besser aus, aber keineswegs sehr viel: Die entsprechenden Prozentzahlen lauten dort 38,3 bis 2,5 und 1,0.

Darüber berichtete auf Grund einer Umfrage vom Zentralamt für Statistik das Budapester Parteiorgan «Nepszava» (7. Januar). Die Befragung erfasste 8000 Ehefrauen von Budapest und den Provinzen und brachte laut ungarischen Kommentaren den Nachweis, dass die berufstätigen Frauen gepflegter seien, besser auf ihre Fortbildung bedacht und regelmässigere Theaterbesucherinnen als die Nur-Hausfrauen.

Allerdings haben die nicht berufstätigen Hausfrauen etliche Nachteile gegenüber den andern in Kauf zu nehmen: Sie erhalten keine Haushaltmaschinen und können keine verbilligte Mahlzeiten beziehen. Ihre Kinder finden in den Tagesheimen, Vorschulen und dergleichen keine Aufnahme. Dafür müssen die Nur-Hausfrauen den Löwenanteil in der (unbezahlten) «freiwilligen Aufbauarbeit» leisten: in den Mieterkommissionen, in den Elternkommissionen der Schulen, in Sonderaufgaben aller Art.

Weitere Ergebnisse der Befragung laut der ungarischen Agentur MTI:

— 70 Prozent der Budapester Hausfrauen (im Landesdurchschnitt 58 Prozent) verrichten ausser ihrer Hausarbeit noch bezahlte Arbeiten.

— 46 Prozent der nicht berufstätigen Hausfrauen sagten, sie seien mit ihrem Haushalt und den Kindern völlig ausgelastet; 27,5 Prozent gaben an, aus gesundheitlichen Gründen nicht arbeiten zu können, 12 Prozent sagten, ihr Mann lasse es nicht zu, dass sie arbeiteten und die restlichen Hausfrauen gaben an, der Verdienst ihres Mannes sei ausreichend.

— Die Zahl der berufstätigen, kinderlosen Frauen und der Frauen mit einem Kind war etwa gleich und nur wenig höher als die Zahl der Frauen mit zwei Kindern.

— Ungefähr 70 Prozent der berufstätigen Frauen gaben an, ihre augenblickliche Tätigkeit beibehalten zu wollen, 5 Prozent sagten, sie zögen eine weniger anstrengende Arbeit vor und 13 Prozent würden, wenn sie könnten, gerne aufhören zu arbeiten und sich nur noch ihrem Haushalt widmen.

BRIEFE

Betrug mit Djilas

Der in der Tagespresse erschienene Bericht (vgl. «NBZ» Nr. 20, vom 25. Januar 1962) über das betrügerische Verhalten eines amerikanischen Verlegers gegenüber dem Autor des Buches «Die neue Klasse», Milovan Djilas, hat mich zutiefst empört. Mit Entrüstung vernimmt man, dass der Verleger aus dem Verkauf dieses Bestsellers einen Gewinn von 1,1 Millionen Dollar einstrich und den Verfasser — mangels eines schriftlichen Vertrages — leer ausgehen liess! Ich kann nicht glauben, dass die Rechtsordnung der USA eine derartige ungerechtfertigte Bereicherung und ein solches Handeln wider Treu und Glauben zulässt. Unbekümmert darum ist es für uns «Westliche» beschämend genug, dass unsere Moralgrundsätze nicht stark genug sind, eine solche ungehemmte Profitgier auf Kosten eines Dritten zu verhindern. Dies ist gewiss nicht die Freiheit, die es wert ist, verteidigt zu werden!

Mir scheint, es gelte nicht bloss, mit dem Kommunismus ins Gericht zu gehen, sondern auch derartige Ungerechtigkeiten in der freien Welt anzuprangern. Finden Sie nicht auch, dieser Lump habe der Sache des Westens einen miserablen Dienst erwiesen? *F. R. in Thun*

Doch, das *ist* ein Skandal. Red. KB.

Völkisches

SBZ

Sorgen um Sorben

Sorgen bereitet den Sowjezonenbehörden des Bezirkes Cottbus die immer offenkundiger werdende Tatsache, dass immer weniger Eltern sorbischer Herkunft in den sogenannten «zweisprachigen Gebieten» des Bezirkes ihre Kinder zur Teilnahme am sorbischen Sprachunterricht schicken. Im Schulkombinat Briesen und in Burg im Kreis Cottbus ist die Zahl der Teilnehmer am sorbischen Unterricht in letzter Zeit so stark zurückgegangen, dass, wie die Abteilung Volksbildung beim Rat des Bezirkes mitgeteilt hat, der Fortgang des Unterrichtes in diesen Orten in Frage gestellt ist.

(Bei den Sorben handelt es sich um eine kleine wendische Volksgruppe mit eigener slawischer Sprache.)

Der Direktor der sorbischen Oberschule in Cottbus, Pötschke, der als Kreisvorsitzender der «Domowina», der Organisation Lausitzer Sorben, den Namen Petska führt, hat jetzt zur Werbung neuer Schüler für den sorbischen Sprachunterricht aufgerufen. (Informationsbüro West)

DER KLARE BLICK ist die Zeitschrift des Schweizerischen Ost-Instituts zur Beobachtung der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung im Ostraum

DER KLARE BLICK

Bern, 31. Januar 1962

Weitere Veröffentlichungen des SOI: Informationsdienst, Wirtschaftsdienst, Freier Korresp.-Dienst, Schriftenreihe Swiss Press Review and News Report.

Curriculum der Woche

JOZEF CYRANKIEWICZ

Polnischer Ministerpräsident.

Geboren 1910 in Tarnow (Südpolen) als Sohn eines wohlhabenden Bauern. Schule und Rechtsstudium in Krakau, hernach Beginn einer politischen Karriere in der Sozialdemokratischen Partei. Von 1937 bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges Parteisekretär der Provinz Krakau. Während der Nazi-Besetzung wird er einer der Führer einer neuen sozialistischen Linksgruppe seiner Partei. 1941 von den Deutschen verhaftet und bis Kriegsende in einem Konzentrationslager. Nach 1954 wird er sofort einer der leitenden Männer der neugegründeten Sozialistischen Partei und später ihr Generalsekretär.

Für die Wahlen von 1947 willigt er ein, seine Partei mit den Kommunisten zusammenarbeiten zu lassen. Bei der Regierungsbildung wird er Ministerpräsident. Von da an unterstützt er die kommunistische Politik und gehört zu den eifrigen Befürwortern des Zusammenschlusses zwischen Sozialisten und Kommunisten, der im Dezember 1948 zustandekommt. Er wird einer der drei Sekretäre im Zentralkomitee und Mitglied des Politbüros der neugebildeten «Vereinigten Polnischen Arbeiterpartei» (praktisch der KP).

Nach den Wahlen von 1952 wird Cyrankiewicz als Regierungschef vom damaligen Parteisekretär Boleslaw Bierut abgelöst, bleibt aber als stellvertretender Ministerpräsident im Kabinett. Er erhält seinen vorherigen Posten wieder, als sich Bierut aus der Regierung zurückzieht, jedoch mit dem Parteisekretariat die wirkliche Macht in den Händen behält. Cyrankiewicz, ein williges Werkzeug seiner Herren, ist der einzige ehemalige sozialdemokratische Führer in Osteuropa, der während der Säuberungen zwischen 1946 und 1952 eine höchste Regierungsstelle halten kann.

Sein politischer Spürsinn zeigt sich auch bei den Unruhen von 1956. Noch im Juni verurteilte er in schärfsten Worten den Posener Aufstand, hält aber im September vor dem Sejm eine versöhnliche Rede und ebnet Gomulka den Weg zur Rückkehr in die politische Arena. Im Schatten des Parteisekretärs scheint er seither unangefochten seine Stellung als Ministerpräsident gehalten und konsolidiert zu haben.

Gilt als Opportunist mit guten Manieren. In zweiter Ehe verheiratet mit einer Schauspielerin.

Der Schnappschuss

«In einer sowjetischen Familie ereignete sich folgender Vorfall. Der Vater schimpfte mit seinem Kind: ‚Du benimmst dich schlecht. Du gehorchst weder deinem Vater noch deiner Mutter. Dabei umsorgen wir dich und tun für dich alles.' Worauf das Kind antwortete: ‚Nicht ihr sorgt für mich, sondern die Partei und die Regierung!'» (Der Schriftsteller Sergeij Michalkow in der «Komsomolskaja Prawda».)

Aus der gleichen Quelle: «Neulich fuhr ich an einer langen Friedhofmauer vorüber. An der Mauer stand geschrieben: ‚Friede der Welt.' Meiner Meinung nach müsste man mit solchen Worten vorsichtiger und klüger umgehen.»

*

Die deutschsprachige rumänische Zeitschrift «Neuer Weg» (Bukarest) analysiert die «brennenden Widersprüche» und die «Krise» in der Schweiz. Unter anderm heisst es: Die ständig steigenden Bodenpreise erschweren auch die Lösung der ohnehin schon brennenden Verkehrsprobleme.» Wogegen man Rumänien eines lassen wird: Verkehrsprobleme gibt es dort keine.

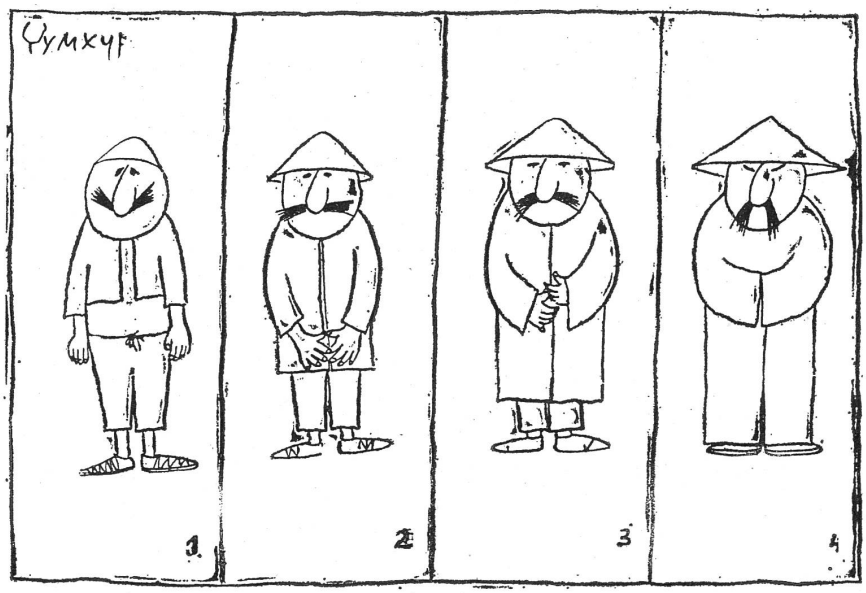
«Mein»

steht auf dem Schubkarren, welchen der Kolchosbauer sorgsam vor der Unbill der Witterung schützt, während gleichzeitig Traktoren und landwirtschaftliche Geräte, die dem Kollektiv gehören, Sturm und Regen ausgesetzt sind.

Die Karikatur der «Gasjeta Rossiji» (Moskau) illustriert nicht nur das alte Thema «Privatinteresse — Kollektivinteresse», sondern nimmt ausdrücklich Bezug auf die neueste Zwangsmassnahme, welche das Gemeinschaftseigentum auf dem Lande schützen soll. Es handelt sich um den Ukas des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR (Veröffentlichungsdatum vom 30. Dezember 1961) «Ueber die strafrechtliche Verantwortlichkeit bei Nachlässigkeit in Behandlung und Aufbewahrung landwirtschaftlicher Geräte». Die «verbrecherische Vernachlässigung des Maschinenparks wird darin zu einem neuen Strafbestand erhoben, der mit Gefängnis bis zu drei Jahren geahndet werden kann. Die einzelnen Sowjetrepubliken sind angewiesen worden, ihren Strafgesetzen entsprechende Paragraphen beizufügen.

Seit der Gründung der Kollektivbetriebe ist der ausserordentlich grosse Verschleiss an landwirtschaftlichen Maschinen, als Folge der Gleichgültigkeit der Kolchosmitglieder dem Kollektiveigentum gegenüber, eine der wichtigsten Ursachen der ungenügenden Produktivität im Agrarsektor. Ebenso stellt die nachlässige Behandlung des landwirtschaftlichen Inventars einen wichtigen Grund für das Missverhältnis zwischen der zunehmenden Mechanisierung der Landwirtschaft und deren Leistungen dar.

Das «Neujahrsgeschenk» des Sowjetpräsidiums war nur die letzte Zwangsmassnahme in einer ganzen Reihe von Verfügungen, die im abgelaufenen Jahr mit ähnlicher Zielsetzung erlassen wurden. Die Strafkompetenzen der «Kameradschaftsgerichte» wurden (in der RSFSR) erhöht, die Strafen für Wirtschaftsvergehen im ganzen Unionsgebiet erheblich verschärft, für Devisenvergehen und andere schwere Wirtschaftsdelikte wurde die Todesstrafe wieder eingeführt. Dies alles im gleichen Jahr 1961 in welchem der historische 22. Parteikongress das «zunehmende kommunistische Bewusstsein der Sowjetbürger» verkündete. Im gleichen Jahr auch, da das neue Parteiprogramm vom anbrechenden «Vollkommunismus» handelte, in welchem es überhaupt keine Strafen mehr geben soll, da laut Parteitheorie das gesellschaftliche Verantwortungsbewusstsein jeden Zwang erübrigen wird. Noch aber verläuft der Weg in umgekehrter Richtung zum Ziel.



«Evolution des kleinen Nachbarn» betitelt die Belgrader «Politika» ihre Karikatur zur Wandlung Albaniens in einen chinesischen Satellitenstaat. Die albanische Nationaltracht wird bemerkenswerterweise nicht zu einer volksdemokratischen chinesischen Bauernbluse, sondern zum Gewand eines Würdenträgers aus feudalistischen Zeiten.